

# Merkblatt

## für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

### INHALT

- |   |  |
|---|--|
| 41. Raumordnung, vorgezogener Erschließungsbeitrag – Eckpunkte der Novellen 2011  | 44. Jugend – Kompetenz in der Gemeindepolitik; Aufbaumodule 2011   |
| 42. Anschlussvertrag gemäß § 8 des Tiroler Kanalisationsgesetzes 2000 – TiKG 2000 | 45. Einführung in das EU-Recht, Neuerscheinung Verbraucherpreisindex für Oktober 2010 (vorläufiges Ergebnis) |
| 43. Bauvorhaben an der Staatsgrenze   |  |

### Liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister! Werte Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter!

*Bund, Land und Gemeinden sehen sich derzeit verstärkt mit großen Herausforderungen im Bereich der Budgeterstellung konfrontiert. Geringeren Einnahmen stehen stark wachsende Aufgabenbereiche gegenüber. Sei es auf Bundes-, Landes- oder Gemeindeebene, die Herausforderungen, ein nachhaltiges Budget zu erstellen, wachsen. Trotz der angespannten Budgetlage wurde von Seiten des Landes Tirol aber auch in diesem Jahr wieder viel für das Wohl unserer Gemeinden gearbeitet. So flossen im heurigen Jahr insgesamt 82 Mio. Euro an die Gemeinden und lösen damit wiederum ein Investitionsvolumen von geschätzten 300 Mio. Euro aus, welche als wichtiger regionaler Konjunkturimpuls gewertet werden dürfen.*

*Die Tiroler Landesregierung bekennt sich eindeutig zur regionalen Vielfalt in Tirol und zu einer starken regionalen Infrastruktur. Wir nehmen auch in Zeiten knapper Budgets sehr viel Geld in die Hand und setzen diesen Schritt mit gutem Gewissen – denn die Gemeinden sind das Fundament unseres Landes.*

*Einige Gemeinden stehen derzeit finanziell mit dem Rücken zur Wand. Als zuständiger Gemeindereferent in der Tiroler Landesregierung sind mir die Tiroler Gemeinden ein Herzensanliegen und ich kämpfe um jeden Euro für Gemeinden. So ist es mir auch gelungen, erfolgreiche Verhandlungen über die Beteiligung der Gemeinden an neuen Einnahmen zu führen.*

*Auch im Bereich der Kinderbetreuung haben wir in diesem Jahr vieles gemeinsam mit und für die Gemeinden erreichen können. So wurden die Richtlinien der Finanzierung für die Kinderbetreuung von der Landesregierung abgesegnet. Das Land Tirol wird hier beim Kostenersatz insbesondere auf finanzschwache Gemeinden Rücksicht nehmen. Des Weiteren wurde auch eine zweimalige Auszahlung pro Jahr für eine bessere Planungssicherheit beschlossen.*

*Ich darf Euch und Euren Angehörigen ein besinnliches Weihnachtsfest sowie ein erfolgreiches Jahr 2011 wünschen!*

*Mit besten Grüßen:*

*Euer Landeshauptmann Günther Platter*

*Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
der Abteilung Gemeindeangelegenheiten wünschen  
allen Gemeindebediensteten,  
den Gemeindefunktionärinnen und Gemeindefunktionären  
sowie allen Leserinnen und Lesern  
ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute im Neuen Jahr!*

## 41.

### Raumordnung, vorgezogener Erschließungsbeitrag - Eckpunkte der Novellen 2011

Die Tiroler Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 14. Dezember 2010 die Hauptpunkte zur Baulandmobilisierung beschlossen und den Fachabteilungen den Auftrag zur Vorlage von Entwürfen für Novellierungen des Tiroler Raumordnungsgesetzes und des Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetzes erteilt.

Folgende Eckpunkte sind dabei vorgesehen:

1. Festlegung einer individuellen Baulandobergrenze samt Bauverbot:

In Zukunft sollen die örtlichen Baulandreserven auf Basis der vom Land Tirol erstellten Baulandbilanzen erhoben und daraus im Rahmen der Fortschreibung der örtlichen Raumordnungskonzepte ein für die Gemeinden individueller Baulandüberhang festgestellt werden. Für Bauland, das das so festgelegte Höchstausmaß überschreitet, ist eine Zeitzone festzulegen, die zur Folge hat, dass für diese Flächen ein Bauverbot gilt, das bei Vorliegen weiterer im Raumordnungskonzept festzulegenden Kriterien wieder aufgehoben werden kann.

2. Festlegung von Kriterien für Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau:

Hier soll eine deutliche Aufwertung dieses bereits im Raumordnungsgesetz verankerten Instrumentes erfolgen. Insbesondere unbebaute Grundflächen von mehr

als 2.000 m<sup>2</sup>, die bereits längerfristig (mehr als 15 Jahre) als Bauland gewidmet sind, und für eine bauliche Entwicklung in der Gemeinde vorgesehen sind, können zur Hälfte als Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau ausgewiesen werden. Allerdings bleibt eine Grundfläche von 1.500 m<sup>2</sup> jedenfalls davon ausgenommen. Die Befristung dieser Maßnahme wird von bisher fünf auf zehn Jahre verlängert. Für den Fall, dass der Grundeigentümer die Flächen für den geförderten Wohnbau zur Verfügung stellt, aber die Gemeinde, der Tiroler Bodenfonds oder ein Wohnbauträger diese Flächen nicht in angemessener Frist erwirbt, wird die Widmung als Vorbehaltsfläche allerdings wieder aufgehoben.

3. Einführung eines vorgezogenen Erschließungsbeitrages:

Die Gemeinden werden ermächtigt, für unbebaute Grundflächen, die als Bauland gewidmet sind, einen vorgezogenen Erschließungsbeitrag zu erheben, der dem Bauplatzanteil des Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetzes entspricht. Sonderflächen nach dem Tiroler Raumordnungsgesetz 2006 sind davon ausgenommen.

Der vorgezogene Erschließungsbeitrag wird mit Inkrafttreten der Widmung einer Grundfläche fällig und ist in fünf gleichen Teilbeträgen jährlich zu entrichten.

## 42.

### Anschlussvertrag gemäß § 8 des Tiroler Kanalisationsgesetzes 2000 - TiKG 2000

#### 1. Einleitung:

Der Zweck des Tiroler Kanalisationsgesetzes 2000 – TiKG 2000, LGBl. Nr. 1/2001, liegt in der Möglichkeit, den Anschluss bestimmter baulicher Anlagen an die öffentliche Kanalisation unter Strafanordnung durchzusetzen, nicht in der Wahrung fremder Rechte im Sinn des Wasserrechtsgesetzes 1959 (WRG 1959), BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 123/2006, oder im Gewässerschutz.

§ 1 des TiKG 2000 regelt die Pflicht der Gemeinde, für die Errichtung, den Betrieb und die Erhaltung einer öffentlichen Kanalisation zu sorgen (Kanalisierungspflicht) sowie die Pflicht zum Anschluss von Anlagen an die öffentliche Kanalisation einschließlich des Verfahrens zu deren Durchsetzung (Anschlusspflicht).

#### 2. Kanalisierungspflicht der Gemeinden:

Gemeinden haben gemäß § 3 Abs. 1 des TiKG 2000 für die Errichtung, den Betrieb und die Erhaltung einer dem Stand der Technik entsprechenden öffentlichen Kanalisation zu sorgen.

Die öffentliche Kanalisation hat die geordnete Entsorgung von im Bauland sowie auf Sonderflächen und Vorbehaltsflächen anfallenden Abwässern (§ 3 Abs. 1 lit. a TiKG 2000) und – unter näher definierten Voraussetzungen – auch von im Bauland, auf Sonderflächen und Vorbehaltsflächen anfallenden Niederschlagswässern (§ 3 Abs. 1 lit. b TiKG 2000) sicherzustellen.

§ 4 des TiKG 2000 verpflichtet den Gemeinderat zur Erlassung einer Kanalordnung.

Darin ist unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Kanalisation der Anschlussbereich in der Weise festzulegen, dass der Abstand zwischen der Achse des jeweiligen Sammelkanals und der Grenze des Anschlussbereiches festgesetzt wird. Dieser Abstand ist für den gesamten Anschlussbereich der öffentlichen Kanalisation einheitlich festzulegen. Er darf 200 m nicht übersteigen und ist nach der horizontalen Entfernung zu messen (§ 4 Abs. 1 TiKG 2000).

### 3. Anschlusspflicht von Anlagen an die öffentliche Kanalisation:

Gebäude, sonstige bauliche Anlagen und Sammelkanäle nicht öffentlicher Kanalisationen auf Grundstücken, die ganz oder teilweise im Anschlussbereich, sind gemäß § 5 Abs. 1 TiKG 2000 an die öffentliche Kanalisation anzuschließen, sofern Wasser anfallen, für die aufgrund der Kanalordnung Anschlusspflicht besteht.

#### 4. Gang eines Kanalanschlussverfahrens:

##### 4.1 Allgemeines:

Die Grundlage für jedes Kanalanschlussverfahren ist das Bestehen oder die Errichtung einer anschlusspflichtigen Anlage innerhalb des Anschlussbereiches der öffentlichen Kanalisation.

In diesem Zusammenhang sind die gesetzlichen Ausnahmen (§ 5 Abs. 2 TiKG 2000) und die Befreiung (§ 7 TiKG 2000) der Anschlusspflicht sowie die Möglichkeit der Einbeziehung eines außerhalb des Anschlussbereiches gelegenen Objektes (§ 5 Abs. 3 TiKG 2000) zu beachten.

##### 4.2 Beginn eines Kanalanschlussverfahrens:

Für den Zeitpunkt der Einleitung des Kanalanschlussverfahrens ist entscheidend, ob der Anschluss eine bereits bestehende, bisher jedoch noch nicht an die öffentliche Kanalisation angeschlossene Anlage betrifft oder ob eine erst zu errichtende Anlage mit Errichtung an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden soll.

Bei bereits bestehenden Anlagen ist ein Verfahren einzuleiten, sobald die wasserrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung jenes Sammelkanals der öffentlichen Kanalisation vorliegen, über den die anzuschließende Anlage erschlossen werden soll (Eintritt der Rechtskraft des wasserrechtlichen Bewilligungsbescheides für den Sammelkanal oder Ablauf der gesetzlichen Dreimonatsfrist ab Einlangen der Anzeige bei der Wasserrechtsbehörde).

Bei neu zu errichtenden Anlagen ist das Kanalanschlussverfahren zum Zeitpunkt des Bauansuchens oder der Bauanzeige einzuleiten.

Für Anlagen, die nicht der Tiroler Bauordnung unterliegen, ist der Baubeginn entscheidend.

Bei einer Änderung des Verwendungszweckes einer baulichen Anlage ist der Zeitpunkt der Änderung des Verwendungszweckes maßgebend.

#### 4.3 Ablauf des (nicht bobehitlichen) „Regelverfahrens“ – Anschlussvertrag nach § 8 TiKG 2000:

Gemäß § 8 Abs. 1 TiKG 2000 hat der Eigentümer einer anschlusspflichtigen Anlage mit dem Betreiber der öffentlichen Kanalisation einen schriftlichen Vertrag über den Anschluss der Anlage an die öffentliche Kanalisation abzuschließen. Dieser schriftliche Vertrag bildet somit die Grundlage des Anschlusses.

*Der Anschlussvertrag hat jedenfalls zu enthalten:*

- genaue Angaben über die Ausführung der Entwässerungsanlage,
- genaue Angaben über die Ausführung und die Lage der Trennstelle und
- die Frist, innerhalb der die Anlage an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden muss.

In diesem Zusammenhang hat die Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht des Amtes der Tiroler Landesregierung das Schreiben vom 2. Dezember 2009, Zahl VIe1-7-01-211, an alle Gemeinden Tirols gerichtet.

*Abschließend heißt es darin:*

„Ausgehend von den Bestimmungen des WRG 1959 und TiKG 2000 erfordert die Sicherstellung einer Abwasserbeseitigung im Sinne der erwähnten §§ 3 und 21 Abs. 2 lit. b TbO 2001 demnach

1. den Abschluss des Anschlussvertrages nach dem TiKG 2000 und

2. die Zustimmung des Kanalisationsunternehmers nach § 32b Abs. 1 letzter Satz WRG 1959.

Die Erfüllung dieser Voraussetzungen ist vor Erteilung der Baubewilligung nachzuweisen.“

Vertragspartner kann sohin die Gemeinde sein, wenn sie die öffentliche Kanalisation selbst betreibt, oder aber auch ein ausgegliedertes Unternehmen oder – bei Regionalsammlern mit Ortskanalcharakter – der Wasser- oder ein Gemeindeverband (Abwasserbeseitigungsverband).

Der Abschluss der Anschlussverträge wird durch eine gesetzlich ausdrücklich vorgesehene Kontrahierungspflicht (§ 8 Abs. 3 TiKG 2000) des Betreibers der öffentlichen Kanalisation sichergestellt.

Kommt bei rechtzeitigem Herantreten des Anschlusswerbers an den Betreiber der öffentlichen Kanalisation innerhalb eines Monats nach den oben beschriebenen Zeitpunkten ein Vertrag zustande, so nimmt die Kanalisationsbehörde (meist der Bürgermeister als im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde zuständige erstinstanzliche Behörde) den Vertragsabschluss zur Kenntnis.

Betreibt die Gemeinde die öffentliche Kanalisation selbst, so gelten für die Willensbildung und die Unterzeichnung des Vertrages die gemeindeorganisationsrechtlichen Bestimmungen (Beschlussfassung über den jeweiligen Vertragsabschluss durch den Gemeinderat oder das Kollegialorgan der Gemeinde an das die betreffende Zuständigkeit delegiert wurde; Unterfertigung durch den Bürgermeister sowie Mitunterfertigung durch zwei weitere Gemeindevertreter, derzeit durch ein Mitglied des Gemeindevorstandes).

Bei Nichtzustandekommen eines Anschlussvertrages innerhalb der Monatsfrist besteht für die Kanalisationsbehörde eine Informations- und Aufforderungspflicht (§ 9 Abs. 1 TiKG 2000).

Hiebei hat sie den Anschlusspflichtigen auf die bestehende Anschlusspflicht und – im Fall des Nichtzustandekommens eines Anschlussvertrages – auf die Realisierung dieser Pflicht mittels Anschlussbescheid hinzuweisen und gleichzeitig aufzufordern, innerhalb von drei Monaten einen Anschlussvertrag abzuschließen.

#### 4.4. Die Erlassung eines Anschlussbescheides:

Bei Nichtzustandekommen eines Anschlussvertrages ist ein hoheitliches Kanalanschlussverfahren, durchzuführen, das mit der Erlassung eines Anschlussbescheides abschließt.

Die Gründe hierfür können zum Einen beim Anschlusspflichtigen liegen, der sich nicht entsprechend um das Zustandekommen eines solchen Vertrages bemüht, oder zum Anderen beim Betreiber der öffentlichen Kanalisation, der den Vertragsabschluss verweigert, wenn der Anschlusspflichtige gleichzeitig davon absieht, den gesetzlich normierten Kontrahierungszwang (Pflicht zum Vertragsabschluss) gerichtlich geltend zu machen.

In diesem Zusammenhang ist auch festzuhalten, dass ein Anschlussbescheid die Grundlage für ein Enteignungsverfahren in den Fällen darstellt, in denen zum Zweck der Herstellung des Anschlusses entgegen dem Willen des Eigentümers fremder Grund in Anspruch genommen oder eine fremde Kanalentwässerungsanlage mitbenutzt werden soll (§ 10 Abs. 1 lit. b TiKG 2000).

#### Gegenstand des Anschlussbescheides ist

- bei Anlagen, die im Anschlussbereich der öffentlichen Kanalisation gelegen sind, die Feststellung der Anschlusspflicht sowie
- bei Anlagen, die außerhalb des Anschlussbereiches liegen, die Festlegung der Anschlusspflicht.

Die Behörde ist dabei an die Vorgaben der Kanalordnung gebunden, ein Entscheidungsspielraum kommt ihr in dieser Frage nicht zu.

#### Ein Anschlussbescheid hat insbesondere zu enthalten:

- Umfang der Anschlusspflicht (Abwässer oder/und Niederschlagswässer),
- Festlegung einer Frist (höchstens ein Jahr) für die Herstellung des Anschlusses bei bestehenden Anlagen.

In allen anderen Fällen ist eine solche nicht notwendig, da bauliche Anlagen auf der Grundlage der Bauvollendungsanzeige ohnehin erst dann benützt werden dürfen, wenn – unter anderem – der Anschluss an die öffentliche Kanalisation besteht.

Bei benützungsbewilligungspflichtigen Gebäuden darf die Benützungsbewilligung ebenfalls nur bei Vorliegen dieser Voraussetzung erteilt werden.

Festlegung der Trennstelle (das ist die Schnittstelle zwischen Anschluss- oder Sammelkanal, der öffentlichen Kanalisation und der zur anschlusspflichtigen Anlage gehörigen Entwässerungsanlage).

#### 4.5. Geltendmachung des Kontrahierungszwanges:

Der Betreiber der öffentlichen Kanalisation ist im Regelfall zum Abschluss eines Anschlussvertrages mit dem Eigentümer der anschlusspflichtigen Anlage verpflichtet, dies jedoch nicht von sich aus, sondern erst aufgrund eines entsprechenden Vertragsanbotes des Anschlusspflichtigen.

Der Anschlusspflichtige kann aufgrund des gesetzlich vorgesehenen Kontrahierungszwanges den Vertragsabschluss bei Gericht im Klagsweg geltend machen/erzwingen.

Hiebei entscheidet das Gericht, ob eine Verpflichtung zum Vertragsabschluss besteht oder der Betreiber der öffentlichen Kanalisation für sich nachstehende gesetzliche Weigerungsgründe in Anspruch nehmen kann:

Weigerungsgründe, die in die Sphäre des Anschlusspflichtigen fallen und von diesem dementsprechend beseitigt werden können;

Betreibers der öffentlichen Kanalisation und im Wesentlichen auf die Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit der Übernahme der betreffenden Abwässer hinauslaufen.

Eine gerichtliche Entscheidung, mit der das Bestehen eines Kontrahierungszwanges des Betreibers der öffentlichen Kanalisation verneint wird, ist nur in Fällen der Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit der Übernahme der Abwässer (§ 6 Abs. 1 TiKG 2000) möglich.

In allen anderen Fällen ist der Anschlusspflichtige weiterhin (auf Basis eines entsprechenden geänderten Vertragsanbotes) zum Abschluss eines Anschlussvertrages mit dem Betreiber der öffentlichen Kanalisation verpflichtet. Hiefür wird eine Frist von drei Monaten festgesetzt. Kommt wiederum kein Anschlussvertrag zustande, ist ein Anschlussbescheid zu erlassen. Für die Dauer des Gerichtsverfahrens ist das Kanalanschlussverfahren vor der Kanalisationsbehörde auszusetzen.

#### 4.6. Die Herstellung des Kanalanschlusses:

Bei neu errichteten, der Tiroler Bauordnung unterliegenden Objekten ergibt sich die Notwendigkeit zur Herstellung des Anschlusses bereits aufgrund des Baurechtes, das die Benützung des Objektes erst nach der Herstellung des Anschlusses erlaubt.

Bei bereits schon zur Zeit der Errichtung des öffentlichen Sammelkanals bestehenden, anschlusspflichtigen Anlagen wird die Herstellung des Anschlusses durch vergleichsweise strengere Strafbestimmungen gesichert.

#### 4.7. Das Enteignungsverfahren:

Durch die Enteignungsbestimmungen wird sichergestellt, dass für die Herstellung des Anschlusses an die öffentliche Kanalisation erforderlichenfalls auch fremder Grund in Anspruch genommen oder eine fremde Kanalisation oder Entwässerungsanlage benützt werden kann (§§ 12 ff TiKG 2000).

Hiebei können dauerhaft Dienstbarkeiten eingeräumt werden und kann das Begehen und Befahren von fremdem Grund und das Ablagern von Baustoffen udgl. im Zuge der Ausführung einer Kanalisation, einer Entwässerungsanlage oder eines Anschlusskanals erlaubt werden.

Als zuständige Behörde wurde die örtlich zuständige Bezirkshauptmannschaft festgelegt.

Dr. Wolfgang Hirn

Abteilung Wasser-, Forst- und Energierecht

## 43.

### Bauvorhaben an der Staatsgrenze

Das Bundesministerium für Inneres und das Amt der Tiroler Landesregierung haben vor kurzem auf die besonderen rechtlichen Rahmenbedingungen für Bauvorhaben an der Staatsgrenze hingewiesen (siehe das Schreiben der Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht des Amtes der Tiroler Landesregierung vom 30. November 2010, Zl. Ve1-7-02/51, mit Anlagen).

Die für die Gemeinden wesentlichen Punkte werden im Folgenden zusammengefasst:

#### 1. Bauverbotszone an der Staatsgrenze

Alle Staatsverträge zwischen der Republik Österreich und ihren Nachbarstaaten über die gemeinsame Staatsgrenze sehen Verpflichtungen der Vertragsstaaten zum Schutz der Staatsgrenzezeichen und zur Erhaltung der Sichtbarkeit der Staatsgrenze vor. Die diesbezüglichen Bestimmungen beinhalten insbesondere auch Errichtungsverbote für Baulichkeiten innerhalb eines bestimmten Abstandes zur Staatsgrenzlinie (darunter sind auch Denkmäler, Zäune, Fundamente und ähnliches zu verstehen). So ist gegenüber der Republik Italien die Errichtung von Anlagen in einem Streifen von fünf Metern Breite beiderseits der Grenzlinie untersagt.

Gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz ist diese Bauverbotszone mit einem Meter beiderseits der Grenzlinie festgelegt.

#### 2. Beseitigungspflicht

Nach § 6 Abs. 1 des Staatsgrenzgesetzes, BGBl. Nr. 9/1974, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 98/2001, sind Baulichkeiten, die entgegen diesen Bestimmungen der Staatsverträge an oder in unmittelbarer Nähe der Staatsgrenze errichtet worden sind, vom Eigentümer auf eigene Kosten zu beseitigen. Gegebenenfalls hat die Bezirksverwaltungsbehörde dem Eigentümer mit Bescheid aufzutragen, diese Verpflichtung binnen drei Monaten zu erfüllen.

#### 3. Ausnahmegewilligung der Bezirksverwaltungsbehörde

Sofern die Staatsverträge über die gemeinsame Staatsgrenze die Erteilung einer Ausnahmegewilligung für die Errichtung von Baulichkeiten an oder in unmittelbarer Nähe der Staatsgrenze ermöglichen (Anm.: diese Möglichkeit besteht nach allen Tirol betreffenden Staatsverträgen), bedarf es hiezu einer Ausnahmegewilligung

durch die Bezirksverwaltungsbehörde nach § 7 Abs. 1 des Staatsgrenzgesetzes; diese kann erforderlichenfalls zusätzlich Maßnahmen zur Sicherung des Grenzverlaufs oder der Staatsgrenzzeichen anordnen (§ 7 Abs. 2 des Staatsgrenzgesetzes).

Ohne Vorliegen einer solchen Ausnahmegewilligung darf die betreffende Baulichkeit nicht errichtet werden, selbst dann nicht, wenn bereits eine Baubewilligung nach der Tiroler Bauordnung 2001 vorliegen sollte. Vor Erteilung einer Ausnahmegewilligung ist in den Staatsverträgen eine Konsultation mit den Nachbarstaaten verbindlich vorgeschrieben. Üblicherweise erfolgt diese bilaterale Akkordierung des betreffenden Vorhabens über die jeweils staatsvertraglich eingerichteten Grenzkommissionen.

#### 4. Rechtzeitige Einbeziehung des Landes bzw. Bundes

Sollten Bauvorhaben an bzw. in unmittelbarer Nähe der Staatsgrenze beabsichtigt sein, so wird ersucht, von diesen Baumaßnahmen vor der Erlassung des Baubewilligungsbescheides unter Vorlage des Bauplanes das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Stubenring 1, 1010 Wien, Abteilung I/11, E-Mail: [post@i11.bmwf.gv.at](mailto:post@i11.bmwf.gv.at), und die Abteilung Verfassungsdienst des Amtes der Tiroler Landesregierung, Eduard-Wallnöfer-Platz 3, 6020 Innsbruck, E-Mail: [verfassungsdienst@tirol.gv.at](mailto:verfassungsdienst@tirol.gv.at), zu verständigen, insbesondere wenn die Möglichkeit besteht, dass durch diese Baumaßnahmen Staatsgrenz-

zeichen oder deren Sichtbarkeit in irgendeiner Weise gefährdet werden. Auf dieser Grundlage können dann erforderlichenfalls auch die notwendigen bilateralen Abklärungen sowie allenfalls notwendige Sicherungsmaßnahmen in die Wege geleitet werden.

#### 5. Vertretung des Landes Tirol in den Grenzkommissionen

Die Vertretung des Landes Tirol in den jeweils staatsvertraglich eingerichteten Grenzkommissionen erfolgt durch die Abteilung Verfassungsdienst (Dr. Christian Ranacher, Mitglied der österreichischen Delegation in den Grenzkommissionen mit der Schweiz, Deutschland und Italien) bzw. durch die Abteilung Geoinformation (Dipl.-Ing. Johannes Anegg, stellvertretendes Mitglied der österreichischen Delegation in den Grenzkommissionen mit der Schweiz, Deutschland und Italien).

Die beiden Tiroler Mitglieder der Grenzkommissionen stehen für Anfragen und allfällige Vorabklärungen gerne zur Verfügung.

Abschließend ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass bei Bauvorhaben, die aufgrund ihrer Lage im Bereich der Staatsgrenze einer Ausnahmegewilligung nach § 7 Abs. 1 des Staatsgrenzgesetzes bedürfen, künftig beabsichtigt ist, die Zuständigkeit der Bezirksverwaltungsbehörde vorzusehen (siehe dazu den Begutachtungsentwurf für ein Gesetz, mit dem die Tiroler Bauordnung 2001 geändert wird, vom 30. Juni 2010, dessen Gesetzwerdung freilich abzuwarten bleibt).

Dr. Christian Ranacher  
Abteilung Verfassungsdienst

## 44.

### Jugend-Kompetenz in der Gemeindepolitik, Aufbaumodule 2011

1. Tagesseminar zum Thema

„Mit Jugendlichen Gemeinde gestalten“

*Zeit:* Samstag, 29. Jänner 2011, 10 Uhr bis 17 Uhr

*Ort:* Jugendhaus Kassianeum,

Brunogasse 2, I-39042 Brixen

*ReferentInnen:* Helga Mock und Peter Egg

*Nähere Informationen  
und Anmeldungen bei:*

Dr. Dagmar Trafoier,

Tel. +39/33184026-47,

E-Mail: [dagmar@jukas.net](mailto:dagmar@jukas.net)

2. Tagesseminar zum Thema

„Ehrenamtliches Engagement  
Jugendlicher und Erwachsener“

*Zeit:* Samstag, 26. Februar 2011, 10 Uhr bis 17 Uhr

*Ort:* Tiroler Bildungsinstitut Grillhof in Igls,

A-6080 Igls-Vill, Grillhofweg 100

*ReferentInnen:* Kathia Nocker, Martin Lesky,  
Michael Peer

*Nähere Informationen und Anmeldungen bei:*

Dr. Andreas Kriwak, Tel.: +43/(0)699/17266190,

E-Mail: [andreas.kriwak@tirol.gv.at](mailto:andreas.kriwak@tirol.gv.at)

# 45.

## Einführung in das EU-Recht, Neuerscheinung

CHRISTIAN RANACHER  
FRITZ STAUDIGL

**Einführung in das EU-Recht**  
Institutionen, Recht und Politiken  
der Europäischen Union

2. überarbeitete Auflage

UTB: facultas.wuv 2010, 292 Seiten, broschiert

ISBN 978-3-8252-2970-2

EUR 19,50 (A) / EUR 18,90 (D) / sFr 28,90\*

Dieses Kurzlehrbuch bietet eine Einführung in die durch den Vertrag von Lissabon neu gestalteten rechtlichen Grundlagen der EU. Deren Struktur, Institutionen und Rechtsprinzipien werden kompakt und übersichtlich dargestellt. Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt wird auf Aspekte des EU-Rechts gelegt, die gleichermaßen für Nichtjuristen interessant sind, wie

Bürgerrechte, Entscheidungsprozesse und die vielfältigen Aktivitäten der EU im Rahmen der verschiedenen Politikfelder. Das Buch wendet sich an alle, die sich einen Überblick über die behandelten Themen und/oder grundlegende Kenntnisse des EU-Rechts aneignen wollen.

**Zu bestellen unter [www.facultas.at](http://www.facultas.at)**

Dr. Christian Ranacher MAS, ist Vorstand der Abteilung Verfassungsdienst des Amtes der Tiroler Landesregierung, zu deren Wirkungsbereich rechtliche Angelegenheiten der EU gehören.

Dr. Fritz Staudigl LL.M. ist Vorstand der Abteilung Außenbeziehungen des Amtes der Tiroler Landesregierung und verantwortlich für die Vertretung des Landes Tirol bei der Europäischen Union.

## VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR OKTOBER 2010

(vorläufiges Ergebnis)

	September 2010 (endgültig)	Oktober 2010 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	109,8	110,0
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	121,4	121,7
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	127,8	128,0
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	167,1	167,4
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	259,8	260,3
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	455,9	456,7
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	580,8	581,9
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	582,7	583,8

Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat Oktober 2010 beträgt 110,0 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für September 2010 um 0,2% gestiegen (September 2010 gegenüber August 2010: + 0,3%). Gegenüber Oktober 2009 ergibt sich eine Steigerung um 2,0% (September 2010/2009: + 2,0%).

**Erscheinungsort Innsbruck  
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**  
Amt der Tiroler Landesregierung,  
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,  
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

*Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Christine Salcher

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck